

Wünsche der Region ans Land

Mehr Geld für Integration und Schulen, weniger Vorschriften für Wohnungsbau, gute Infrastruktur

Von unserer Redakteurin
Iris Baars-Werner

HEILBRONN Eine deutlich bessere Infrastruktur etwa bei den Fernverkehrsstraßen, mehr preiswerten Wohnraum auch durch weniger Vorschriften, eine deutlich bessere Landesfinanzierung für die Kommunen, die die Flüchtlingsintegration stemmen müssen: Das sind einige Forderungen an das Land Baden-Württemberg von Seiten der Region Heilbronn-Franken.

Vor allem aber dies erscheint den meisten gesellschaftlichen Gruppierungen wichtig: Der soziale Frieden darf nicht aufs Spiel gesetzt werden, weshalb ein neuer gesellschaftlicher Konsens notwendig sei. So formulierte es die überwiegende Zahl der Diskussions Teilnehmer bei Pro Region. Die regionale Bürgerinitiative, die seit geraumer Zeit daran arbeitet, das zivilgesellschaftliche Sprachrohr für die größte Region Baden-Württembergs zu sein, hatte ihre Mitglieder am Dienstagabend ins Heilbronner Bankhaus eingeladen.



Regionale Abgeordnete im Gespräch: (von rechts) Reinhold Gall (SPD), Susanne Bay (Grüne), Moderator Michael Schwarz, Bernhard Lasotta (CDU), Nico Weinmann (FDP) und Rainer Podeswa (AfD).
Foto: Mugler

den, um mit regionalen Landtagsabgeordneten zu diskutieren.

Verzerrt Das eine oder andere verzerrte Bild, das im Landtagswahlkampf und danach entstanden war, rückte in ihrem Impulsreferat die Heilbronner Sozialbürgermeisterin Agnes Christner zurecht: Im vergangenen Jahr seien 12.000 Menschen neu in Heilbronn zugezogen, 7.000 von ihnen hätten eine Zuwanderungsgeschichte, etwa aus dem EU-Ausland, aber nur 800 seien Flüchtlinge. Für sie gelte es, beispielsweise eine längere Berufs-

schulpflicht einzuführen. Das Land müsse zudem ausreichend Lehrer bezahlen und sich auch an Schulaussanierungen beteiligen, nicht nur an Neubauten.

Hatte schon Christner auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Langzeitarbeitslosen in der einheimischen Bevölkerung weiter zu fördern, war es auch Karl Friedrich Bretz vom Diakonischen Werk wichtig: „Der soziale Friede ist ein Wirtschaftsfaktor und ein ethisches Gebot“. Etwa bei gerechten Chancen für alle auf dem Wohnungsmarkt. „Wir brauchen Solidarität.“

Im Gespräch

Die Landtagsabgeordneten Susanne Bay (Grüne), Reinhold Gall (SPD), Bernhard Lasotta (CDU), Rainer Podeswa (AfD) und Nico Weinmann (FDP) diskutierten mit Moderation von Stimme-Redakteur Michael Schwarz vom Stuttgarter Büro unserer Zeitung über Bildung, Zuwanderung, Integration und eine bessere Infrastruktur wie die ausgebaute A6, schnelles Internet und Wohnungsbau. Erwartungsgemäß wurde die AfD für ihre Aufspaltung der Fraktion kritisiert, mit der die rechte Partei auch an Zusatz-Geld der Landtagsverwaltung kam. Die 200.000 Euro solle die wieder vereinte Fraktion zurückzahlen, so Lasotta. *iba*

Grundlage für Gesellschaft und Wirtschaft“ seien. „Einfache Lösungen“ gebe es in einer komplexen Welt nicht, ergänzte Jochen Kübler und zitierte Brentano: „Unkraut jäten macht noch keinen Garten, verhindern ist keine Politik.“

Komplex Rudolf Luz vom Pro-Region-Vorstand wies darauf hin, dass „der soziale Zusammenhalt die